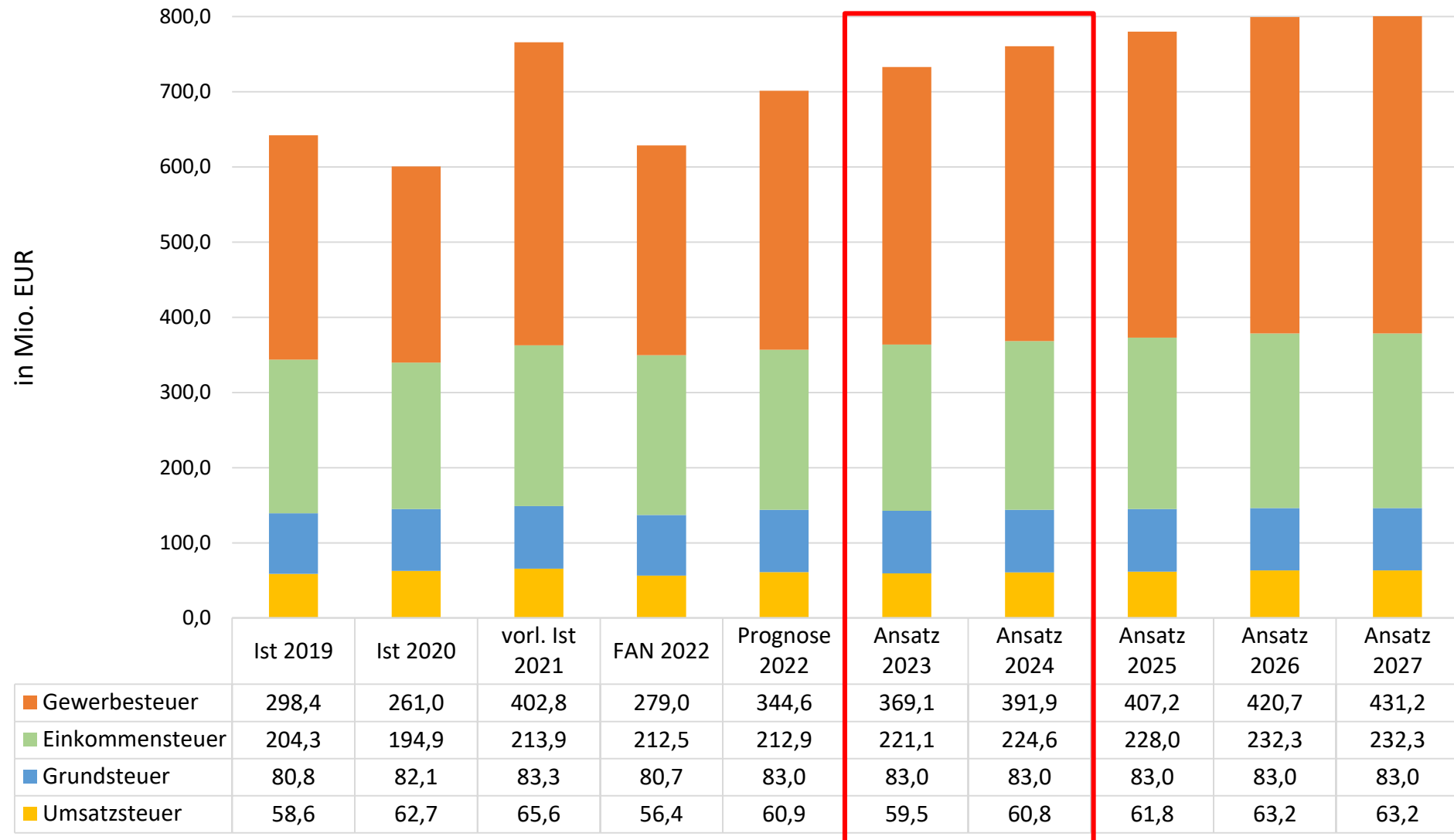


Zukunft sichern – Risiken erkennen

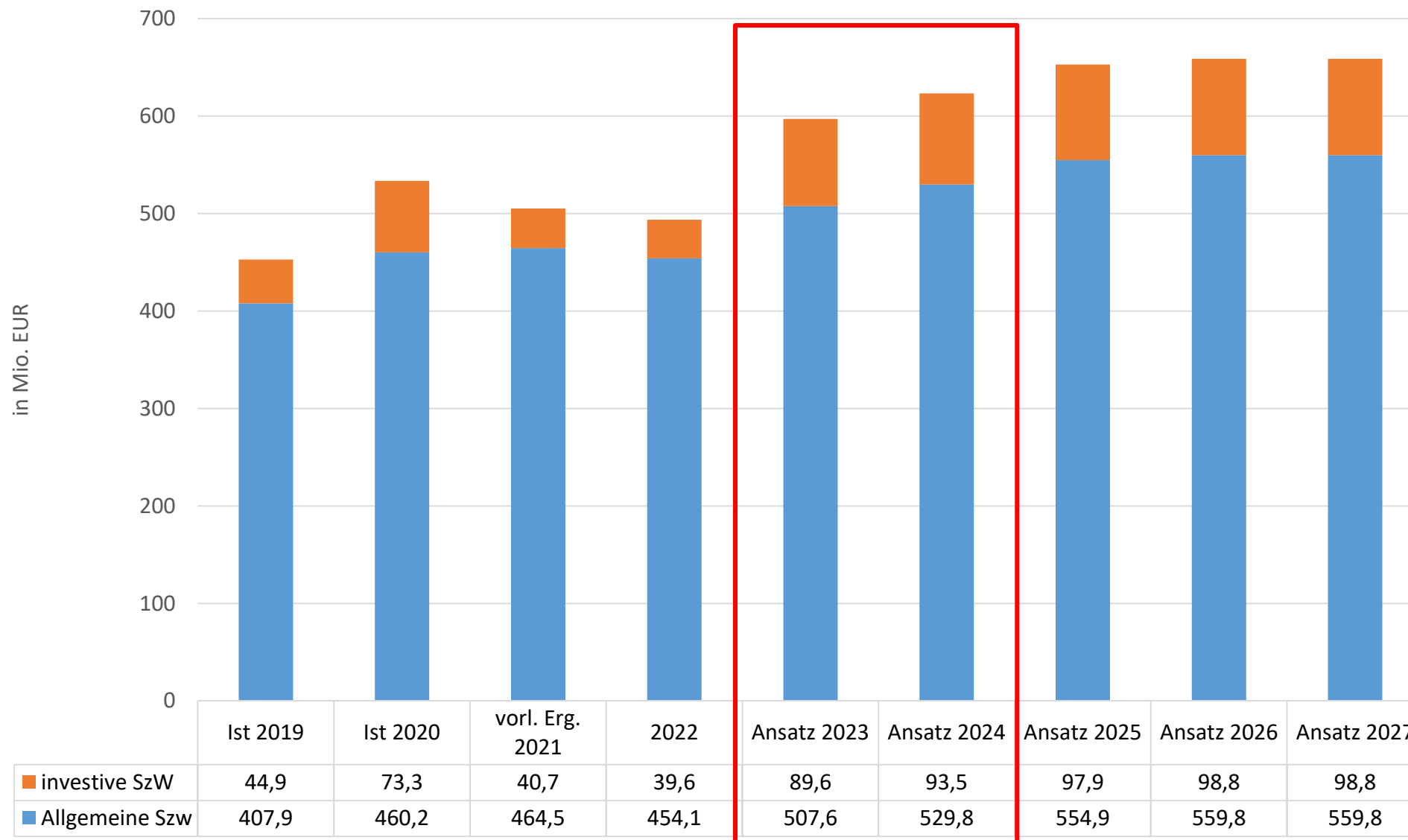
Eckpunkte für den Doppelhaushalt 2023/24

Pressekonferenz des Oberbürgermeisters

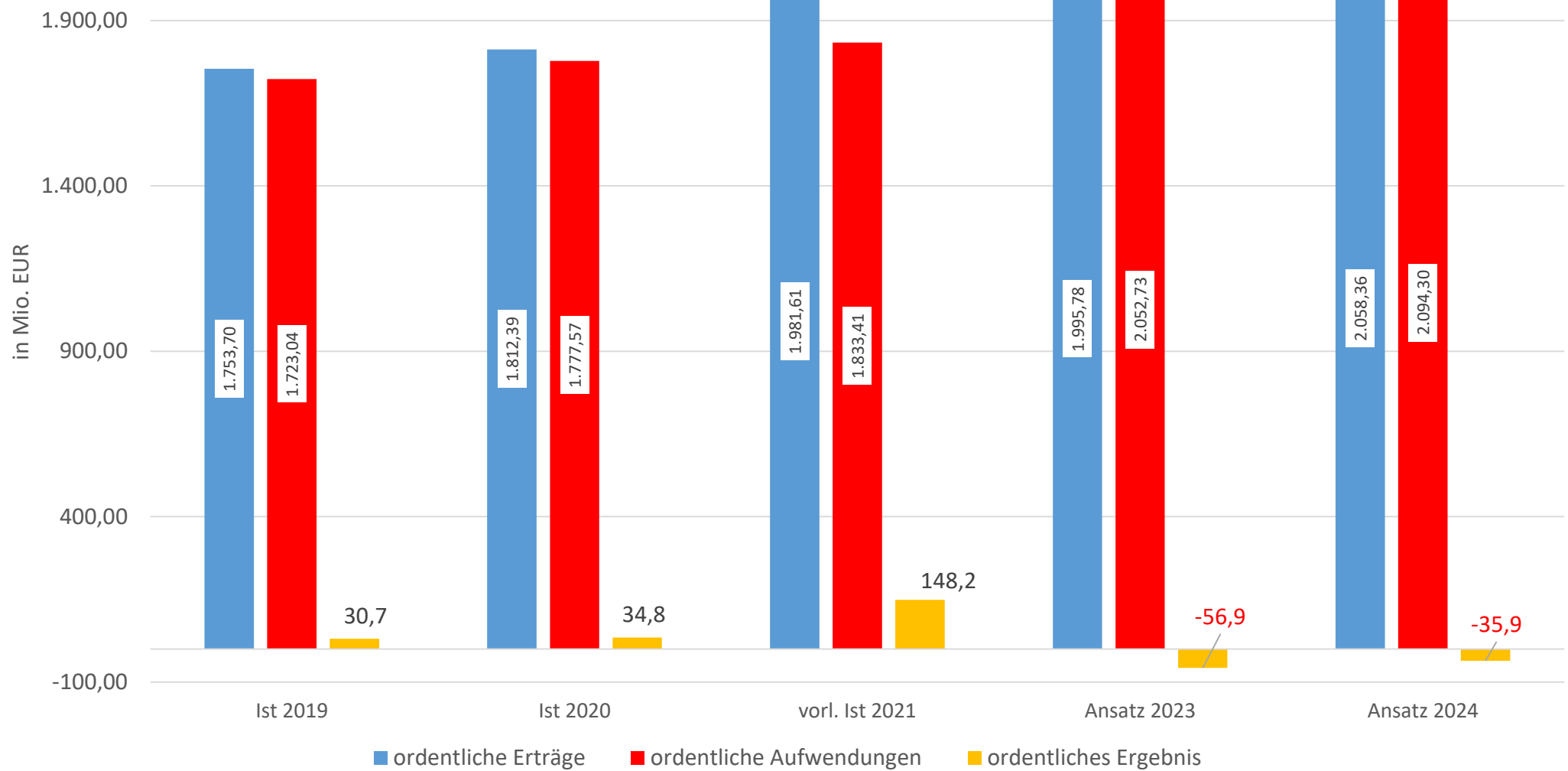
Nach den Prognosen der Mai-Steuerschätzung wird die LHD in den kommenden Jahre einen Aufwuchs der Steuern erwarten können



Ganz ähnlich gilt das für die Schlüsselzuweisungen vom Freistaat Sachsen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs



Das Volumen des Haushaltes der Landeshauptstadt Dresden steigt damit in den kommenden Jahren abermals an und überschreitet erstmals 2 Milliarden Euro



Die Haushaltsaufstellung folgt der gesamstädtischen Prioritätensetzung



Exzellente Bildung

Fortführung des Schulhausbauinvestitionsprogrammes mit rund 450 Mio. Euro 2023 bis 2027; u.a.

- BSZ Gehe (ca. 43 Mio. Euro)
- Gymnasien: LEO (ca. 48 Mio. Euro), Gorbitz (ca. 20 Mio. Euro), Cotta (ca. 15 Mio. Euro),
- Unischule mit Sporthalle (ca. 34 Mio. Euro)
- 101. OS Cockerwiese (ca. 40 Mio. Euro)
- BSZ Elektrotechnik: Sporthalle Boxberger Str. (ca. 20 Mio. Euro)
- Ersatzneubau Kita/Hort: „Zum Bahnhof 5“ (ca. 14 Mio. Euro)

Fortführung der Bildungsstrategie (ca. 2,8 Mio. Euro p.a.) und Ausbau der Schulsozialarbeit (1,2 Mio. Euro zusätzlich in 2023/24)

Digitalisierung der Schulen (2023-27: ca. 18 Mio. Euro)

Schüleraustauschprogramm (200 T Euro p.a. in 2023/24)

Miteinander einer aktiven Bürgerschaft



Sportinvestitionen

- Aufstockung der investiven Vereinsförderung auf insgesamt 6 Mio. Euro in 2023/24
- Erweiterung/Sanierung Margon Arena (ca. 34 Mio. Euro)
- BSZ Elektrotechnik: Sporthalle Prohlis
- Sanierung Steyer Stadion

Kultur & Nachbarschaftszentren; u.a.

- Stadtteilhaus Johannstadt (ca. 12 Mio. Euro)
- Bürgerhaus Prohlis (ca. 2 Mio. Euro)
- Errichtung/Erhalt Strukturen (250 T Euro p.a. in 2023/24)

Jüdisches Begegnungszentrum/Gedenkort am Alten Leipziger Bahnhof (2023-2027: 3,2 Mio. Euro)

VHS mit verstärktem Einstieg v. Angebot in Prohlis

- Gesamtbudget von 1,4 Mio. Euro p.a. in 2023/24

Miteinander einer aktiven Bürgerschaft



Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftliches Engagement

- Fortführung FRL „Zukunftsstadt 2.0“ (150 T Euro p.a.)
- Fortschreibung Kooperation Bürgerstiftung (250 T Euro p.a.)
- Umsetzung Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen Bürgerbeteiligungssatzung (100 T Euro p.a.)

Integrationsarbeit; u.a.

- Unterbringung und soziale Betreuung Asyl (52 Mio. Euro p.a. in 2023/24)
- Durchführung der Interkulturelle Tage
- Fortführung Engagement-Stützpunkte (100 T Euro p.a.)

Übernahme Kleingärten über LOI Vonovia

Graffitiprogramm (150 T Euro p.a.)

Klimagerechtigkeit & Energiesicherheit

Sofortprogramm „Sichere Energieversorgung“ (13 Mio. Euro in 2023/24); u.a.

- Ausbau von PV-Anlagen auf kommunalen Dächern
- Wärmeplanung gemeinsam mit der SachsenEnergie
- Investitionsstrategie „klimaneutraler Gebäudebestand“

Qualität und Leistungsfähigkeit des ÖPNV sichern

Innovatives Verkehrsmanagementsystems (ca. 7,5 Mio. Euro)

Beschleunigungsmaßnahmen ÖPVN

- Paket I: Buslinie 61/Quorener Str., Blasewitzer/ Loschwitz Straße, Lübecker- /Cossebauder Straße, StraBa - Begleitender Straßenbau Fetscherplatz/ Nicolaistraße
- Königsbrücker Str. Süd (9,5 Mio. Euro in 2023-2027)

Rad- und Gehwegeprogramm (21Mio. Euro in 2023-2027)

Baumpflanzungen (ca. 3 Mio. Euro in 2023-2027)

Zukunftsfähiger Wohnstandort



Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes auf 5.000 Wohnungen durch die WID

- Absicherung bestehender Bauprojekte (LHD-Eigenmittel: 9 Mio. Euro)
- Bestandserwerb (3.000 WE) durch LOI Vonovia (LHD-Eigenmittel: 40 Mio. Euro)

Gemeinsame Gebietsentwicklungen

- Windmühlenstraße und Johnsbacher Weg

Strategisches Flächenankaufsbudget

- 19 Mio. Euro Investitionsbudget in 2023-2027

Wohnumfeld

- Spielplätze, Grünanlagen im ASA mit rund 4 Mio. Euro in 2023-2027

Soziale Stadt/Städtebau

- insgesamt 33 Mio. Euro in 2023-2027



Innovative Gesundheitsregion



Umsetzung der Zukunftsstrategie des Städtischen Klinikums (LHD Eigenmittel + Fördermittel: ca. 206 Mio. Euro bis 2027);

- Sanierung Haus P (LHD EM: ca. 22 Mio. Euro)
- Haus Q (LHD EM: ca. 18 Mio. Euro)
- Neubau Psychiatrie (LHD EM: ca. 15 Mio. Euro)
- Digitalisierung (LHD EM: ca. 8 Mio. Euro)
- und weitere Einzelmaßnahmen

Umsetzung ÖGD Pakt im Gesundheitsamt

- Schaffung von 32 Stellen im Stellenplan

Brand- und Katastrophenschutz

- Stellenaufwuchs (45 VzÄ) im Rettungsdienst
- Investitionen in Brand- und Katastrophenschutz (ca. 82 Mio. Euro in 2023-2027)

Fortsetzung des Suchtberatungs- und Frühinterventions- angebotes (insg. 750 T Euro in 2023/24)

Wachstumsstarke Wirtschaft

Gewerbeflächenentwicklung

- Wissenschaftsstandort Ost (ca. 21 Mio. Euro)
- Gewerbegebiete: Flughafen B-Plan 3017 (ca. 12 Mio. Euro) und Gewerbegebiete Rossendorfer Ring, Coschütz-Gittersee, Zwickauer Str. (insg. ca. 6 Mio. Euro)

Ausbau Magazinstraße

- Investitionen von 5 Mio. Euro in 2023-2027

Ertüchtigung Nordraum

- LHD Eigenmittelanteil ca. 25 Mio. Euro in 2023-2027

Innovationsförderung

- Förderprogramm mit 300 T Euro p.a. in 2023/24

Stärkung des Tourismusmarketing

- Kongressakquise und Auslandsvermarktung (insgesamt 350 T Euro p.a. in 2023/24)
- Leichtathletik Finals (2 Mio. Euro in 2023/24)

Digitalisierung und ermöglichende Verwaltung



Investition in die Digitalisierung der Verwaltung (105 Mio. Euro bis 27)

- Neue/lfd. Projekte: E-Akte, E-Zugang, E-Zusammenarbeit/Mobiles Arbeiten, Fördermittelmanagement, IT Sicherheit
- Smart City Projekt (10,8 Mio. Euro bis 27)

Breitbandausbau unterversorgte Gebiete und Stadtnetz 500+ (ca. 22 Mio. Euro in 2023/24)

Umsetzung Strategie Verwaltungsunterbringung

- VWZ I, Sanierung Neues Rathaus (21 Mio. Euro)

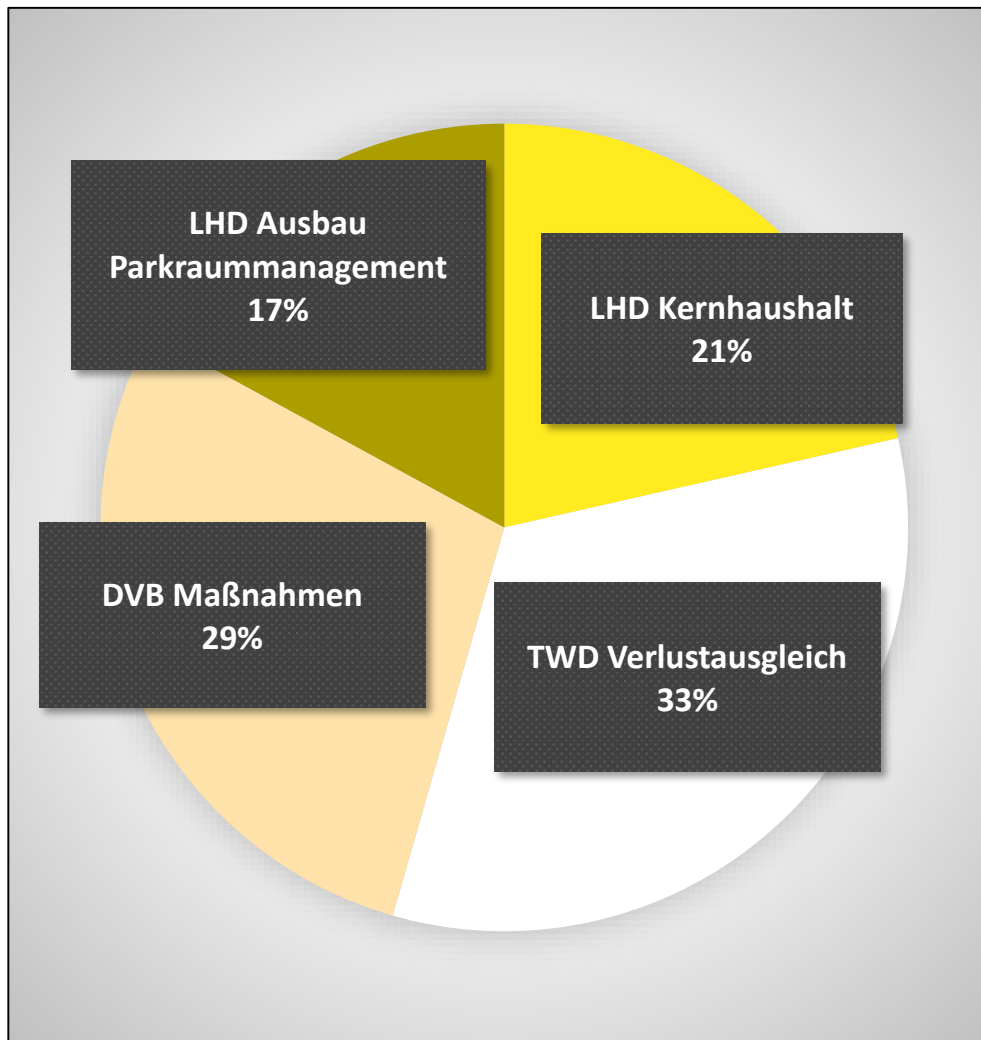


Die Aufstellung des Haushaltes 2023/2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 erfolgt erneut unter dem Eindruck einer globalen Krise mit den entsprechenden Herausforderungen

Dem stehen jedoch deutliche Unwägbarkeiten in der Prognose entgegen:

- Die Entwicklung der Konjunktur in den kommenden Monaten ist mit erheblichen Risiken behaftet. Diese konnten in der Steuerschätzung bisher noch nicht quantifiziert werden:
 - Auswirkungen eines russischen Öl- bzw. Gasembargos auf die deutsche Wirtschaft (Rezessionsrisiko für Deutschland, weiter steigende Inflation),
 - Risiken können auf kommunale Unternehmen wie TWD bzw. Sachsenenergie durchschlagen mit entsprechenden Folgen für die Finanzierung von DVB AG und Bäder GmbH,
 - anhaltende globale Lieferkettenprobleme bei Rohstoffen und Zulieferprodukten für die heimische Wirtschaft,
 - evtl. eintretende Corona-Effekte ab Herbst wurden noch nicht unterstellt (z.B. Personal- und Produktionsausfall aufgrund einer neuerlichen Infektionswelle etc.)

Signifikant steigende Finanzierungsbedarf der DVB erfordert Finanzierung über mehrere Säulen



Annahmen in der Haushaltsplanung

Hintergrund:

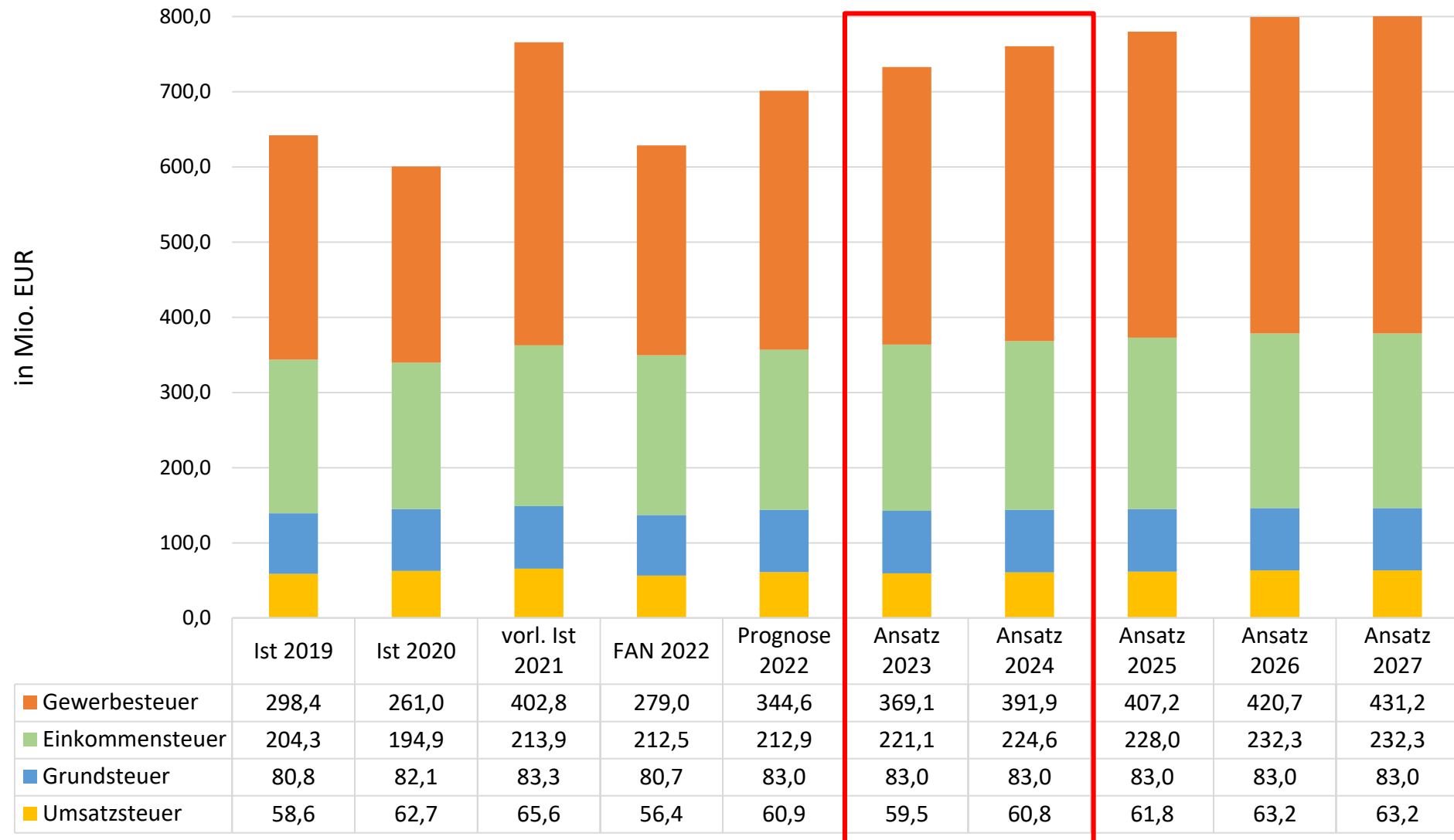
- DVB Verluste übersteigen den bisherigen Finanzierungsrahmen des steuerlichen Querverbund der TWD (40 Mio. Euro p.a.) um 91 Mio. Euro in 2023/24

Finanzierung über 4 Säulen im HH23/24 unterstellt:

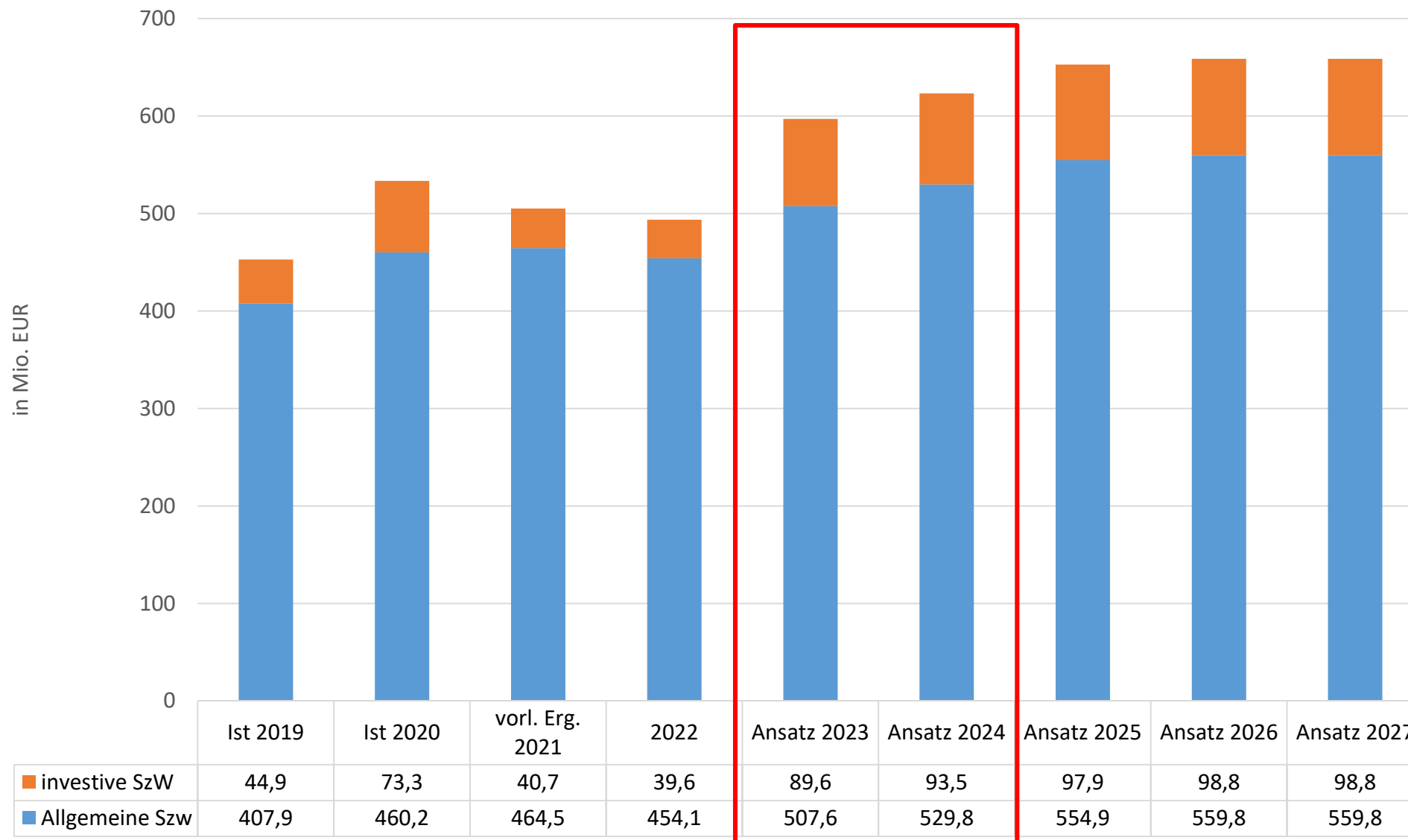
- LHD Kernhaushalt
- LHD Ausbau Parkraummanagement (Netto-Mehreinnahmen)
- Anstieg TWD Verlustausgleich um 15 Mio. Euro p.a. auf 55 Mio. Euro p.a.
- DVB Einnahmesteigerungsmaßnahmen (Tarife, Ticketing) und Kostensenkungsmaßnahmen (Effizienz/Beschleunigung)

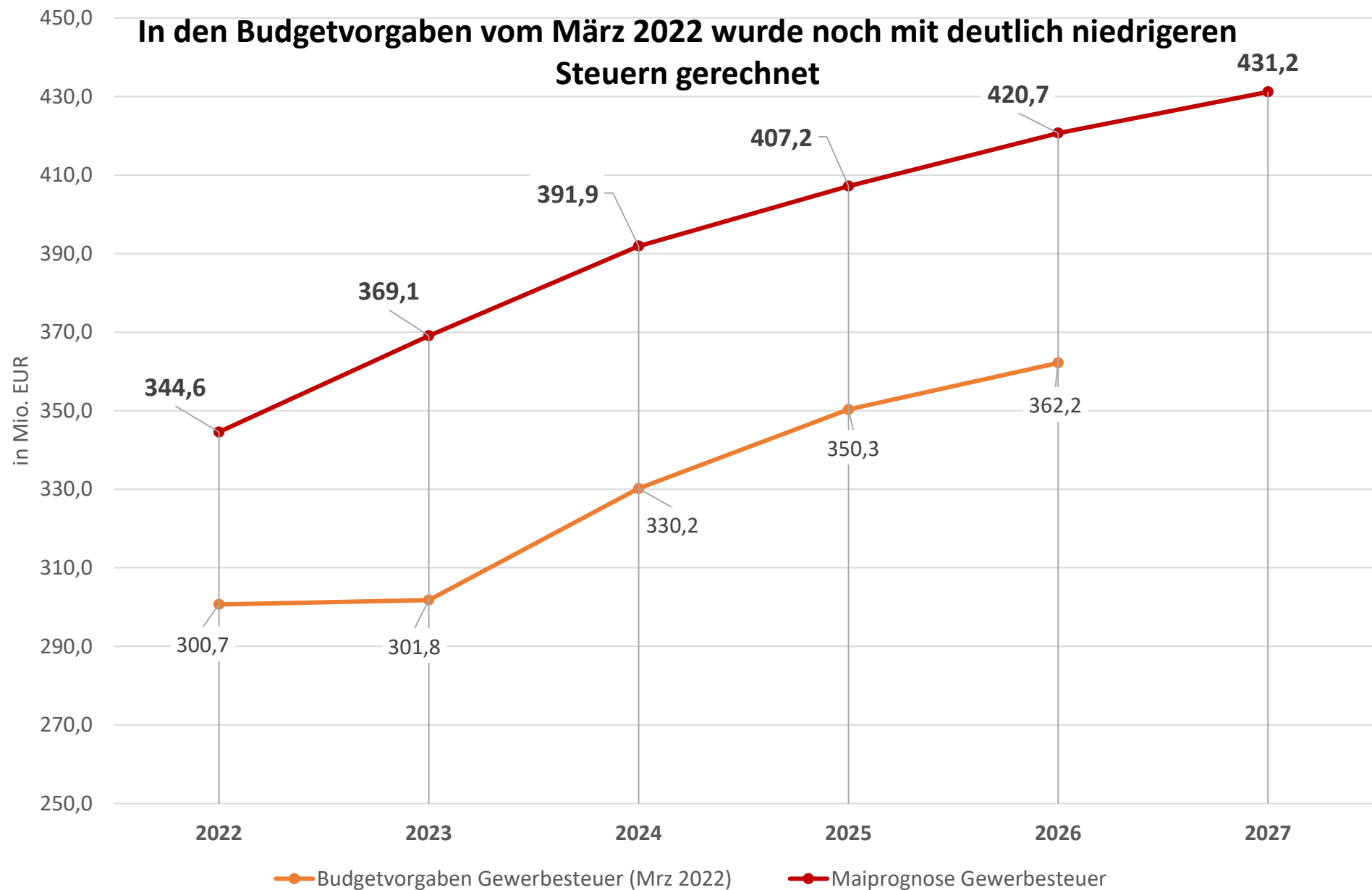
ggfs. Teilausgleich Bund/Land als zusätzliche Finanzierungssäule

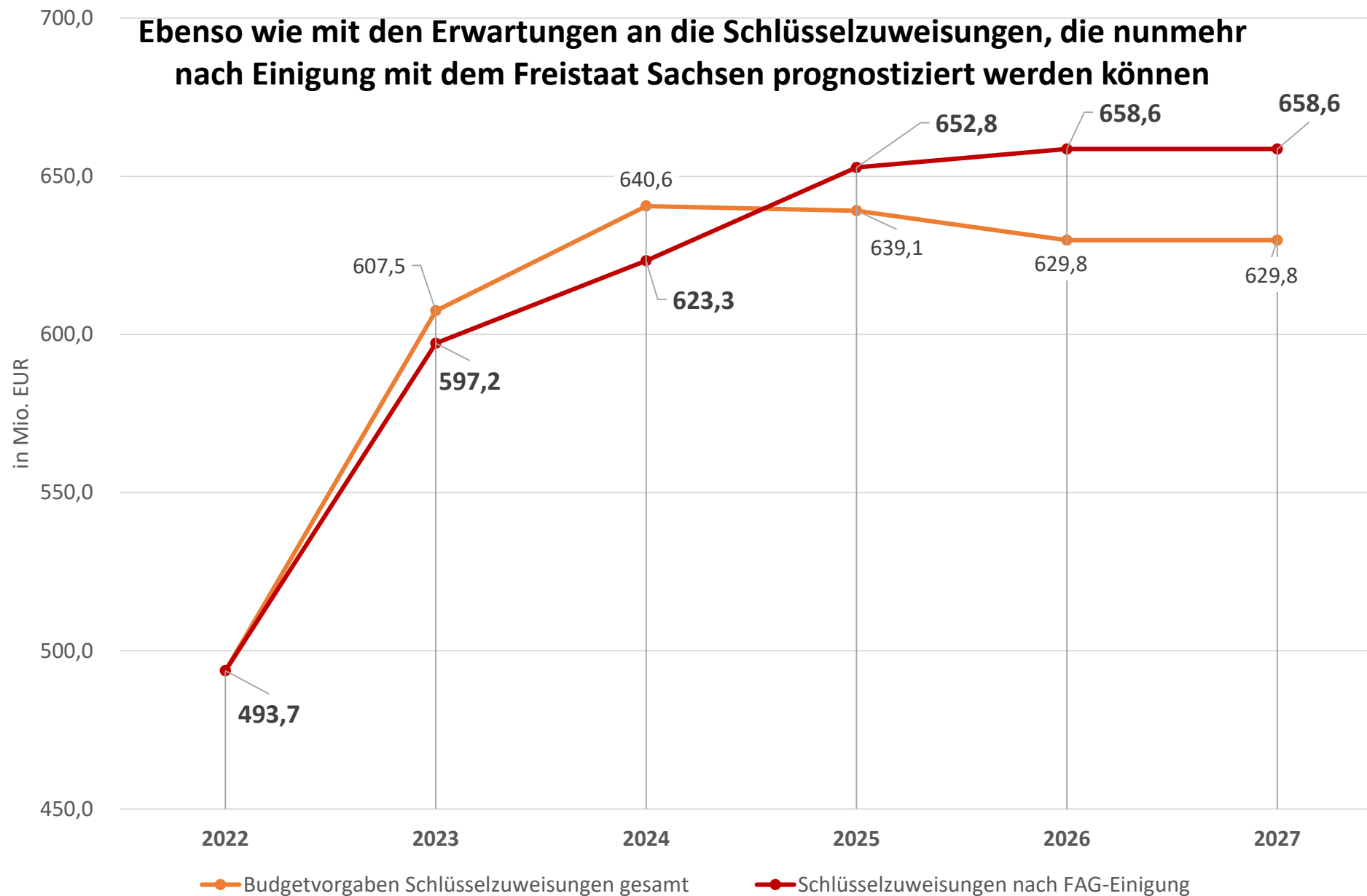
Nach den Prognosen der Mai-Steuerschätzung wird die LHD in den kommenden Jahre einen Aufwuchs der Steuern erwarten können



Ganz ähnlich gilt das für die Schlüsselzuweisungen vom Freistaat Sachsen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs







Die regionalisierte Steuerschätzung in Sachsen berücksichtigt bisher weder beim Freistaat Sachsen noch bei seinen Kommunen konjunkturelle Risikoeffekte

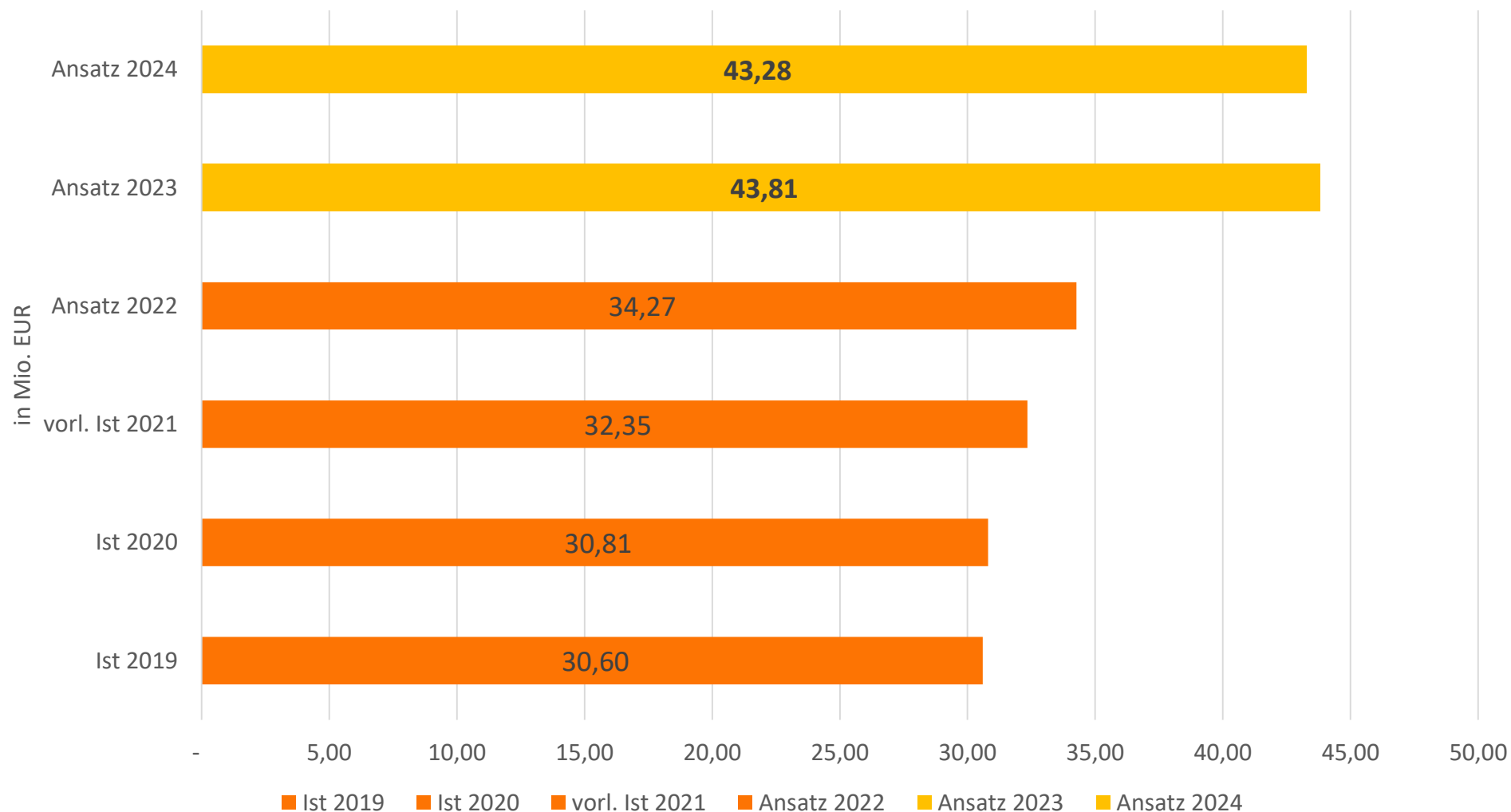
Mischa Woitscheck, Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG):

„... Die Steuermehreinnahmen werden aber sehr wahrscheinlich durch die hohe Inflation von erwarteten 6,1 Prozent ... sowie die deutlich steigenden Investitionskosten aufgezehrt. Besonders bei den Baupreisen und Baumaterialien laufen den Kommunen die Kosten weg, die Preise für manche Baumaterialien haben sich innerhalb weniger Monate mehr als verdreifacht. Angesichts der fortbestehenden gesamtwirtschaftlichen Gefahren ausgehend vom Krieg in der Ukraine, von den Belastungen durch Corona im asiatischen Raum sowie den daraus folgenden Lieferengpässen und Preissteigerungen sehen wir keinen Anlass zur Entwarnung für die kommunalen Haushalte.“

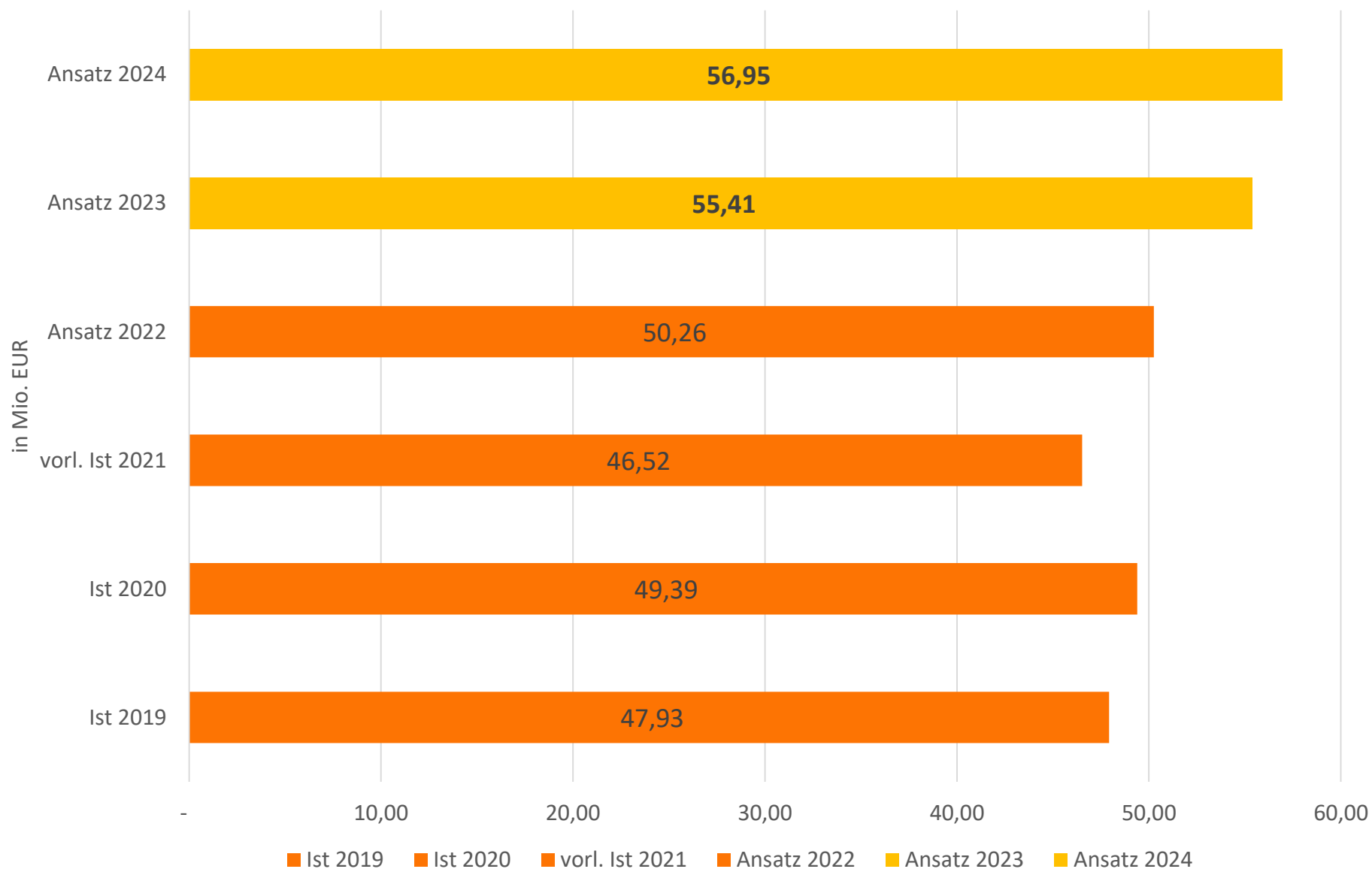
Schwerpunkte der Berücksichtigung im Planentwurf 2023 – 2027 der Landeshauptstadt Dresden

- abzusehende Energiekostensteigerungen
- zu erwartenden Tarifsteigerungen u.a. aufgrund der Inflation und Anstieg des Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde
- Einordnung der Tarifierungen für Erzieher und Sozialarbeiter
- Anstieg der Bau- und Beschaffungskosten
- Anstieg der Asyl- und Sozialleistungen in den kommenden Jahren
- Fortschreibung wesentlicher Teile des Haushaltsbegleitbeschlusses aus dem letzten Haushalt

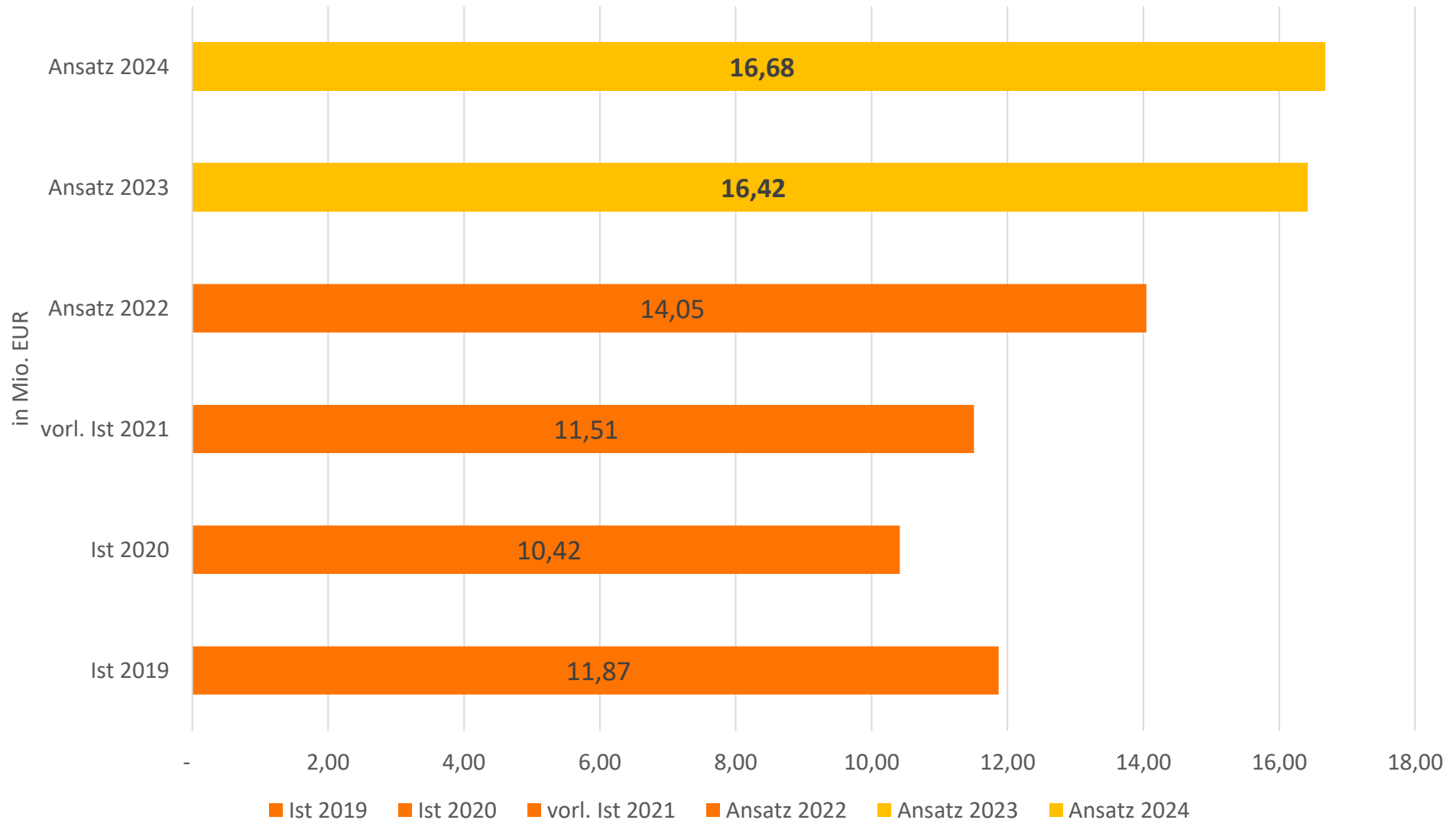
Im Kontext der allgemeinen Steigerungen sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Amtes für Hochbau und Immobilienverwaltung angestiegen



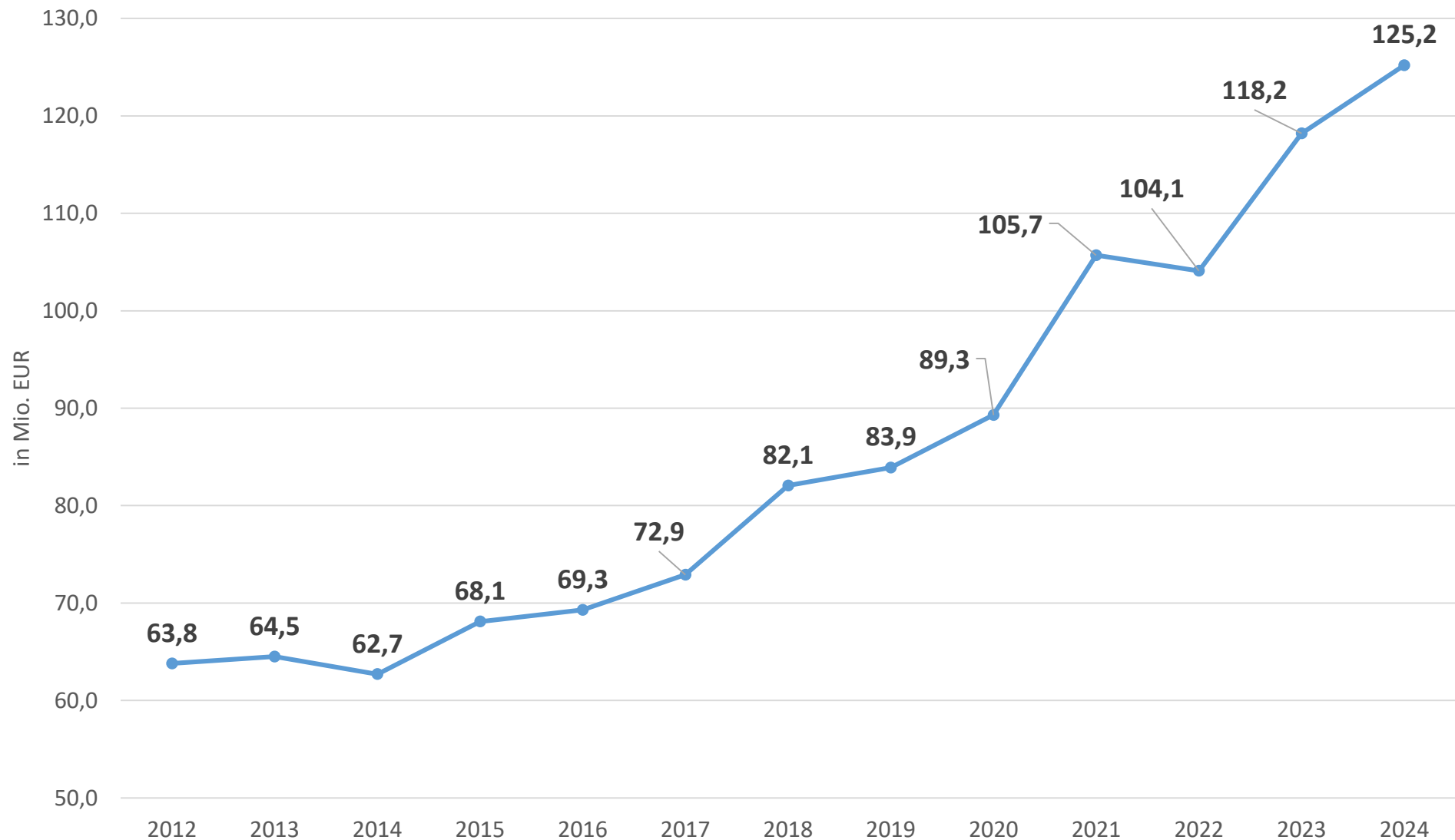
Ebenso wie die Bewirtschaftungsaufwendungen des Amtes für Schulen



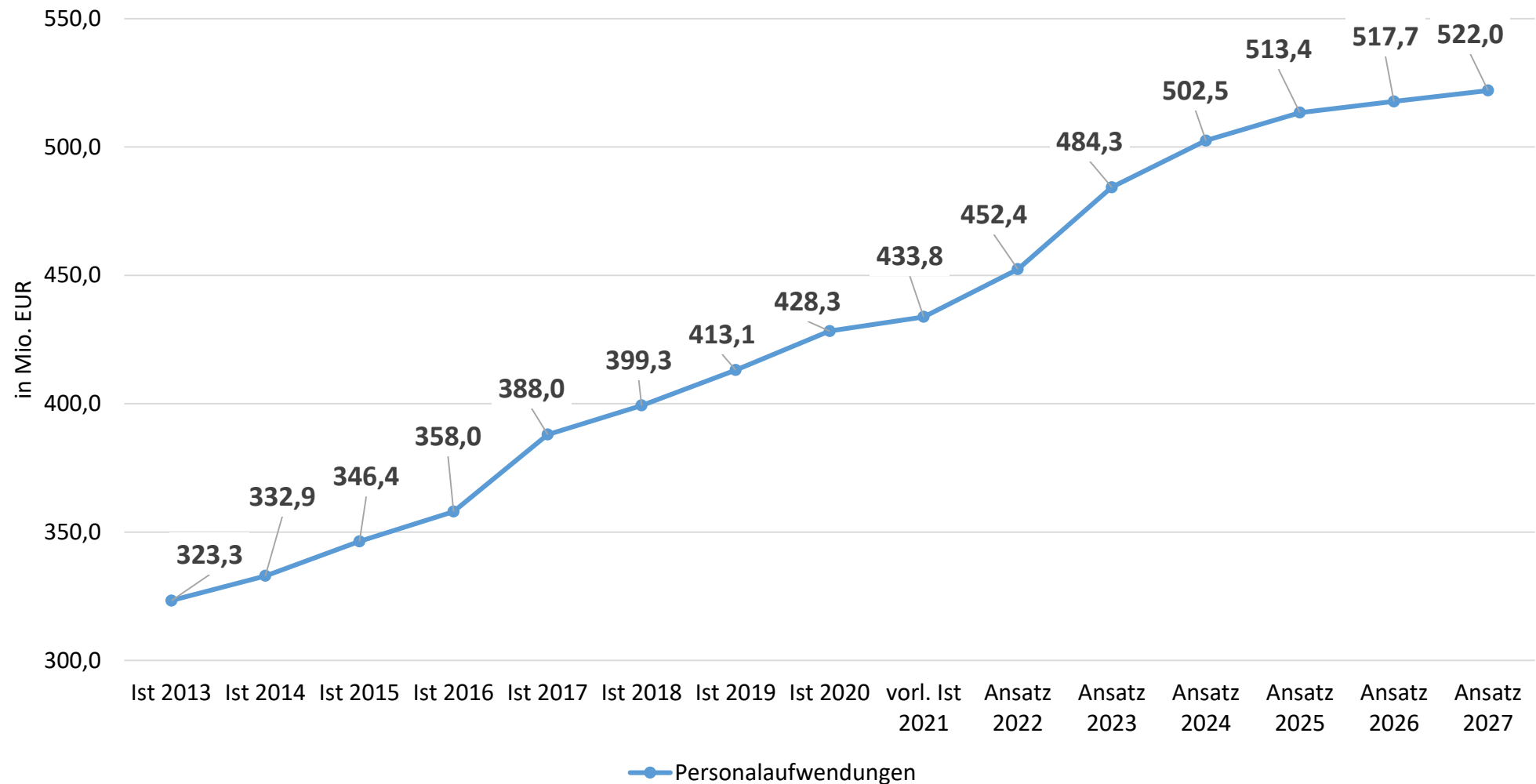
Auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Amtes für Kultur und Denkmalschutz müssen mit deutlichen Steigerungen versehen werden



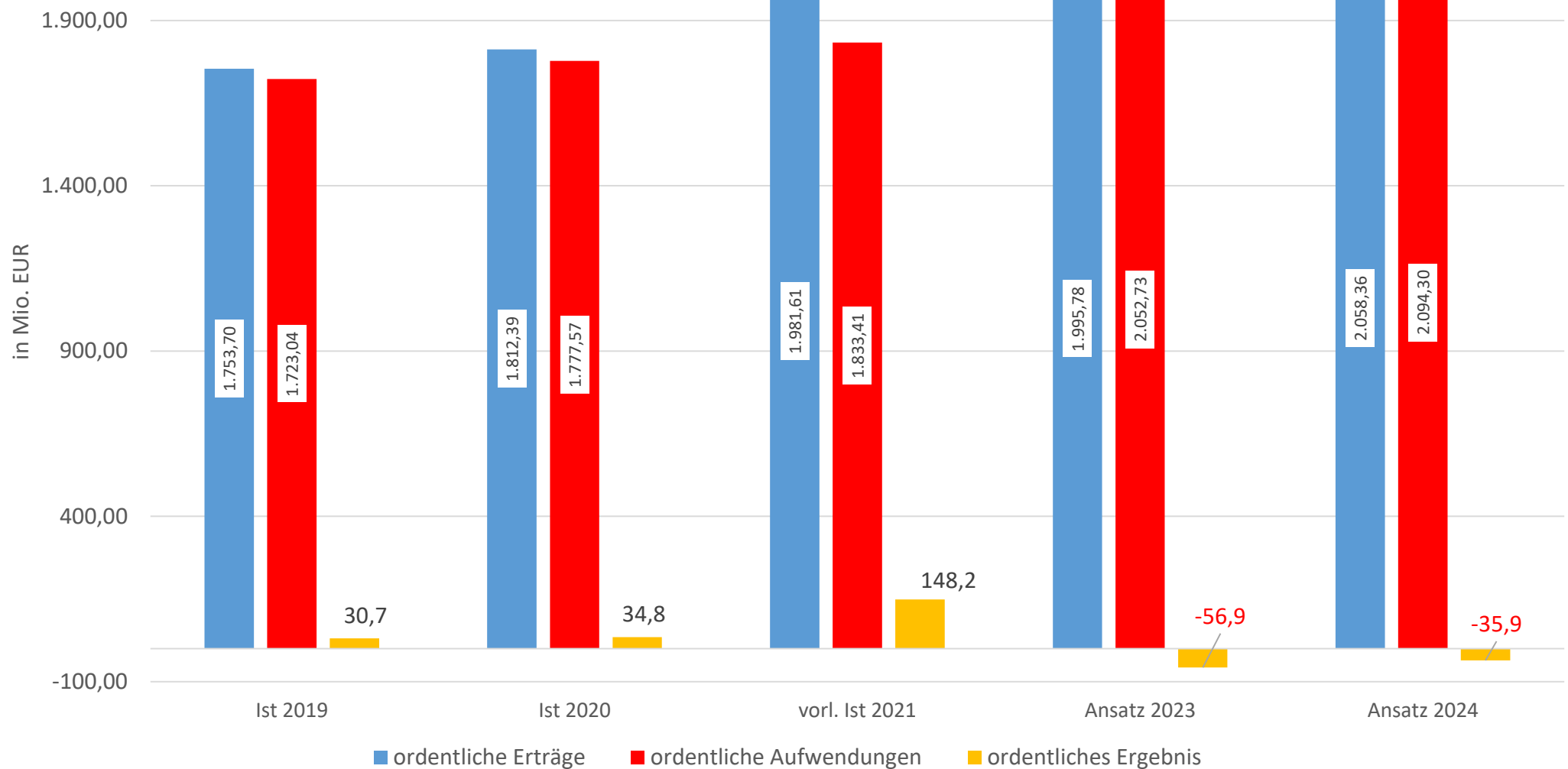
Die Kosten für Sozialleistungen, vor allem die Umlage an den kommunalen Sozialverband (KSV) in Sachsen werden erheblich zunehmen



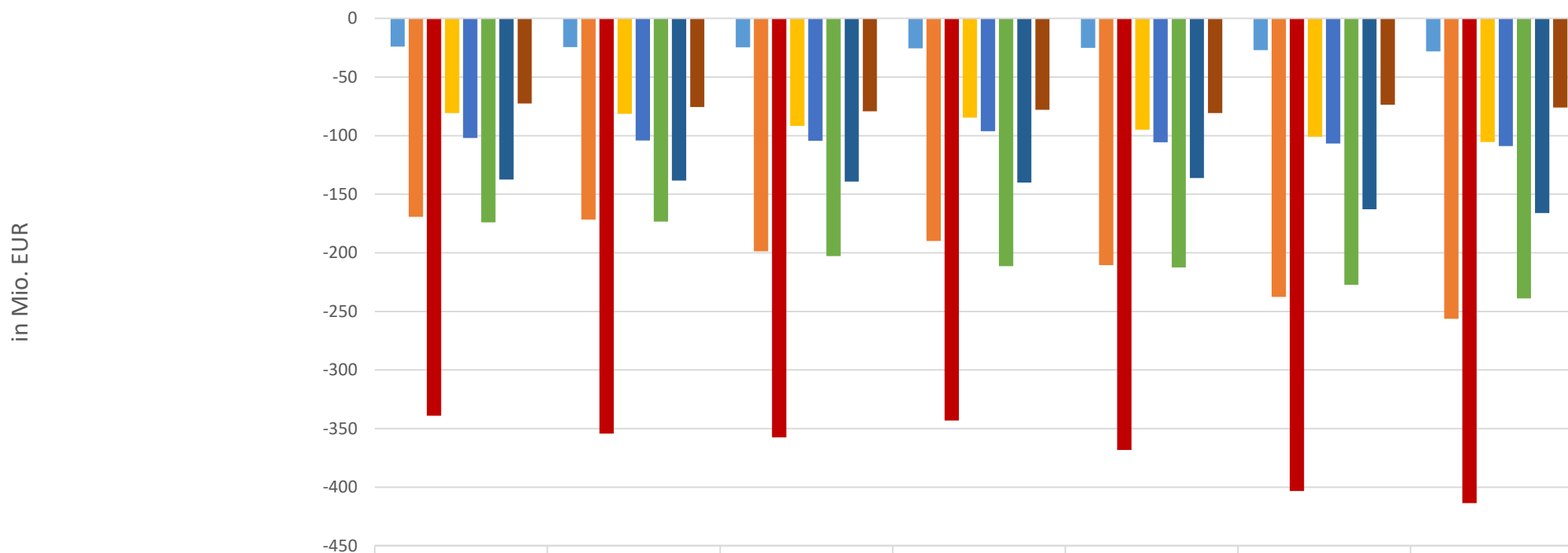
Bedingt durch die Inflation ist davon auszugehen, dass auch die Tarifabschlüsse in den nächsten Monaten deutlich über den bisherigen Annahmen liegen werden, was Auswirkungen auf die Personalaufwendungen hat



Das Volumen des Haushaltes der Landeshauptstadt Dresden steigt damit in den kommenden Jahren abermals an und überschreitet erstmals 2 Milliarden Euro



Die Zunahme des Haushaltsvolumens spiegelt sich auch in den Saldi der ordentlichen Ergebnisse in den Geschäftsbereichen der Landeshauptstadt Dresden



Im Ergebnis der FAG-Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzen-verbänden und dem Freistaat Sachsen ergeben sich eine Reihe Neuerungen, u.a. in der Finanzierung des Straßenbaus ...

Integration der Förderung des kommunalen Straßenbaus in das Finanzausgleichsgesetz ab 2023 mittels Einführung von verfahrensvereinfachenden Kommunalbudgets (bzw. Prioritätenlisten auf Kreisebene) als weitere Säule der FAG-Finanzierung für den kommunalen Straßenbau.

- Für die LHD bedeutet das nach ersten Schätzungen in den Jahren 2023 – 2026 auf Basis der Bemessungsgrundlage des Straßennetzes nach § 20a Sächs. FAG ca. 5,4 Mio. EUR jährlich. Im gleichen Zug wird jedoch die Förderung über die KStB auslaufen wie auch die Förderung diverser Einzelmaßnahmen. Im Ergebnis verliert die LHD Förderung.
- Nicht erfasst davon sind Maßnahmen im *besonderen Landesinteresse* sowie größere Brückenbauvorhaben

Vorbereitung einer Nachfolgeregelung für die Finanzierung von Lehrer- und Schülerlaptops - „Digitalpakt Schulen“:

- Für die Lehrerendgeräte erhalten die Kommunen in 2023 und 2024 einen Ersatz ihrer Wartungs- und Supportkosten. Diese sind mit 120 Euro pro Gerät und Jahr kalkuliert. Die eigentlichen Ersatzbeschaffungen sind ab dem Jahr 2025 geplant.
- Der Bestand an Schülerendgeräten wird auf dem bis 2024 beschafften Niveau verstetigt. Ab 2025 bis einschließlich 2029 wird sich das Land – nach vorrangiger Berücksichtigung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel an der Ersatzbeschaffung und den Wartungs- und Supportkosten der Schülerendgeräte für alle über den Digitalpakt finanzierten und im Bestand befindlichen Geräte jeweils anteilig mit 50% beteiligen.

... und bei der Justierung der Sozial- und Asylkosten.

- Im Hartz-IV-Lastenausgleich wird auf einen neuen Verteilungsmechanismus umgestellt. Die Mittel werden künftig ab 2023 ausschließlich nach Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verteilt.
 - Grundsätzlich verringert sich das Finanzvolumen im Freistaat Sachsen welches zur Finanzierung des Lastenausgleichs zur Verfügung steht von derzeit 72,8 Mio. EUR auf dann nur noch 22,3 Mio. EUR, bedeutet für die LHD ca. 8 Mio. EUR weniger Erträge in den SoBEZ für die Jahre 2023 und 2024.
 - Keine Einigung zur Dynamisierung der Kita-Pauschale im FAG
- Umsetzung des MPK-Beschlusses vom 7. April 2022 zur Finanzierung der aus der Ukraine-Geflüchteten in den Kommunen.
 - Die Kommunen erhalten für den Zeitraum 01.06.2022 – 31.12.2023 für die zu erwartenden Belastungen insgesamt 70 Mio. EUR.
 - Einen Aufstockungsbetrag zur Absicherung der verbleibenden KdU nach Abzug der Bundesbeteiligung sowie Pauschalen zur Erstattung der Kita-Kosten und für sonstige Belastungen.
- Nicht geklärt, ist die Finanzierung der Kosten für derzeit ca. 1.800 ukrainischen Schülern in Dresden

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

